

vor allem Migrantinnen und Migranten, die bereits mehrere Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik leben, leichter die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit soll vereinfacht und beschleunigt werden. Es heißt, es soll eine Motivation geschaffen werden, um sich schnell zu integrieren.

Kritik an dem vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf kommt von verschiedenen Seiten. Teile der Opposition kritisieren sowohl die Verkürzung der Fristen für die Einbürgerung als auch die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft und sehen darin eine „Einbürgerung light“. Aber auch aus der Ampel selbst kommt Kritik. Einige halten das Erfordernis der Fähigkeit zum Bestreiten des eigenen Lebensbedarfs für ungerecht, insbesondere gegenüber Alleinerziehenden und körperlich oder geistig eingeschränkten Personen.

Der vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf wird nun im Bundestag beraten werden. Angesichts der noch offenen Kritikpunkte dürften noch Änderungen einfließen. Mit dem Inkrafttreten eines neuen Einbürgerungsrechts ist nicht vor Anfang 2024 zu rechnen.

In der Sitzung wird Frau Foerster ergänzend berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Klimarelevante Auswirkungen:

- keine wesentliche Klimarelevanz**
Die Durchführung der Haupt- und Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- keine negative oder eine positive Klimawirkung**
Die Durchführung der Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- eine negative Klimawirkung**
Die Alternativenprüfung wurde durchgeführt und das Prüfungsergebnis ist als Anlage beigefügt.

Beschlussentwurf:

Der Integrationsrat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Bürgermeisterin
In Vertretung



- Rainer Weichelt -
Erster Beigeordneter

In der Sitzung des

Integrationsrates

Rates

Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: